

Nach der großen Aufregung über Abgasversuche an Affen und Testpersonen: Warum wir uns jetzt wieder um das Hauptproblem kümmern sollten – den Schadstoffausstoß auf unseren Straßen **8**



Eher ungesund: deutscher Straßenverkehr  
Foto: C. Heumader/Wildlife/picture alliance

# Stoppt die täglichen Menschenversuche!

Kommentar von **Malte Kreutzfeldt** über Abgasversuche und deutsche Verkehrspolitik

## Der größere Skandal

Ohne Frage sind die Versuche an Tieren und Menschen, mit denen die deutsche Autoindustrie die Harmlosigkeit von Dieselaabgasen beweisen wollte, unverantwortlich und widerlich. Anders als bei manchen medizinischen Fragen, wo der potenzielle Nutzen solcher Experimente den Schaden überwiegen kann, ging es VW, BMW und Daimler nie darum, die Wahrheit herauszufinden. Es ging vielmehr darum, Werbung für ihre Dieselfahrzeuge zu machen, die beim Abgastest und beim Tierversuch sauber waren, auf der Straße aber dreckig blieben.

Gleichzeitig verwundert die riesige Aufregung über die Versuche an zehn Affen und 25 Menschen aber etwas. Denn auch wenn diese Experimente skandalös sind – der größere Skandal ist jener Versuch, den die Autoindustrie seit Jahren mit einem großen Teil der Bevölkerung unternimmt.

Während im Labortest nur für wenige Stunden gereinigte Abgase inhaliert werden mussten, atmen die Menschen an den Ausfallstraßen nämlich seit Jahren an vielen Tagen Mengen an Stickoxiden ein, die weit oberhalb der EU-Grenzwerte liegen.

Und anders als im Labortest gibt es bei diesem „Versuch“ klare Ergebnisse: Dass die Dieselfahrzeuge die Stickoxid-Grenzwerte nicht einhalten, führt nach Berechnungen von Wissenschaftlern in der Europäischen Union jährlich zu mehr als 11.000 vorzeitigen Todesfällen.

Doch anders als der Laborversuch, den die Politik jetzt verdammt und für den sich die Konzerne entschuldigen, wird der Großversuch auf der Straße weiter hingenommen. Die Autoindustrie weigert sich weiterhin beharrlich, ihre Fahrzeuge so nachzurüsten, dass sie die Grenzwerte auch auf der Straße einhalten – obwohl das möglich wäre. Und die Politik lässt den Konzernen das

nicht nur durchgehen. Sie wehrt sich sogar mit allen rechtlichen Mitteln gegen die einzige Maßnahme, die wirklich gegen die giftige Luft hilft: lokale Fahrverbote für alle Diesel, die im realen Betrieb mehr ausstoßen als erlaubt.

Dass sich das unter einer neuen Großen Koalition schlagartig ändert, ist leider nicht zu erwarten; hier ruht die Hoffnung eher auf dem Bundesverwaltungsgericht, das im Februar als letzte Instanz über Fahrverbote urteilen wird.

Politisch wäre hingegen schon viel gewonnen, wenn der Skandal zu etwas mehr Skepsis gegenüber den Konzernen und den von ihnen finanzierten WissenschaftlerInnen führt, die kürzlich noch im Abgas-Untersuchungsausschuss als Entlastungszeugen zu Wort kamen.

Getrickt und gelogen wird beim Thema Diesel auf vielen Ebenen – nicht nur bei sinnlosen Tierversuchen.



#Affentest  
von Paula Troxler



Die taz wird ermöglicht durch  
**17.570**  
GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.  
Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de)  
oder 030 | 25 90 22 13  
Aboservice: 030 | 25 90 25 90  
fax 030 | 25 90 26 80  
[abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)  
Anzeigen: 030 | 25 90 430 / -325  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)  
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22  
[kleinanz@taz.de](mailto:kleinanz@taz.de)  
taz Shop: 030 | 25 90 21 38  
Redaktion: 030 | 25 90 02-0  
fax 030 | 25 1 51 30, [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)  
taz  
Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](http://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://www.facebook.com/taz.kommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)

**Bereit zum Tanz**  
Wenn Kunst politisch wird: Die Neueröffnung des Tanzquartiers Wien in Zeiten einer neuen Rechts-Regierung **15**



Foto: Tanzquartier Wien

**Frei zum Abschuss**  
Im Namen des Kampfs gegen die Afrikanische Schweinepest: Auf Wildschweinjagd in deutschen Wäldern **4, 5**

**Prophylaxe gegen IS**  
Wie islamische Theologen in Ägypten gegen den „Islamischen Staat“ argumentieren **3**

**FREE DENIZ!**

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Stichtag: Dienstag in acht Tagen! Der SPD-Parteivorstand hat jetzt festgelegt, dass bei dem geplanten Basisvotum über die nächste Groko nur die Neumitglieder mit abstimmen dürfen, die bis zum 6. Februar, 18 Uhr offiziell in die Mitgliederdatenbank eingetragen werden. **verbotten** rät Groko-Gegnern zur Eile und protestiert gegen diese

sachgrundlose Befristung.

verbotten fordert die Freilassung von Deniz Yücel